

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
A. Problemstellung.....	1
B. Gang der Untersuchung.....	6
1. Kapitel – Das Vereinswesen und das gesetzliche Leitbild des Idealvereins	11
A. Das Vereinswesen	11
I. Historische Entwicklung des Vereinswesens.....	12
1. Die Anfänge des Vereinswesens bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts	12
2. Das Vereinswesen von Mitte des 19. bis Anfang des 20. Jahrhunderts	14
3. Das Vereinswesen ab Anfang des 20. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs.....	16
4. Das Vereinswesen ab dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis heute	19
II. Das Vereinswesen heute	21
III. Die Funktionen von Vereinen.....	23
IV. Ergebnis	25

B. Die gesetzliche Vereinsform des Idealvereins und das Problem der „Typendehnung“ bzw. „Typen(über-)dehnung“	27
I. Typen im Recht.....	28
1. Die Bindungswirkung des normativen Typus.....	32
2. Zwischenergebnis	40
II. Das gesetzliche Leitbild des Idealvereins	41
1. Die gesetzlichen Gründungssysteme	41
2. Die unbestimmten Rechtsbegriffe der §§ 21, 22 BGB	45
a) Der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb im Sinne der §§ 21, 22 BGB.....	45
aa) Gesetzesmaterialien	45
bb) Die Bedeutung des Unternehmensbegriffs für die Auslegung des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs	46
cc) Entwicklungslinien in Rechtsprechung und Schrifttum	48
(1) Die Tätigkeit am Markt.....	48
(2) Auf Dauer angelegt	54
(3) Gewinnerzielungsabsicht oder strukturelle Gewinnausrichtung	54
(4) Marktgängigkeit.....	62
dd) Zwischenergebnis.....	63
b) Der Zweck	64
aa) Die eigenständige Bedeutung des Vereinszwecks.....	64
bb) Der Vereinszweck im Sinne des § 21 BGB	66
(1) Das Verbot der Gewinnausschüttung an Mitglieder.....	66
(2) Die Zulässigkeit der Gewinnausschüttungen an Dritte.....	72
(3) Die Unerheblichkeit der fehlenden Gewinnausrichtung.....	72

(4) Die Unerheblichkeit der Gemeinnützigkeit und Gemeinwohlorientierung	73
c) Das Nebenzweckprivileg	74
C. Ergebnis.....	76

2. Kapitel – Die Vereinsklassenabgrenzung bis zur Kita- Rechtsprechung des BGH

77

A. Gesetzgebungsmaterialien.....	77
B. Abgrenzungsversuche	78
I. Die „traditionelle“ subjektive Theorie	80
II. Die objektive Theorie.....	86
III. Die gemischt subjektiv-objektive Theorie	88
IV. Die Abgrenzung und Einordnung der gemischt subjektiv- objektiven Theorie in die bestehenden Theorien	89
1. Die Beschränkung des Umfangs der wirtschaftlichen Tätigkeit.90	
2. Der Verein ohne wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb mit wirtschaftlicher Zwecksetzung.....	95
3. Zwischenergebnis	96
V. Die teleologisch-typologische Theorie	96
1. Der Volltypus des unternehmerischen Vereins.....	100
2. Der Verein mit unternehmerischer Tätigkeit an einem inneren Markt.....	101
3. Der Vereinstypus der genossenschaftlichen Kooperation	102
4. Zwischenergebnis	104

C. Die Reform(versuche) im Vereinsrecht	106
I. Die Vereinsrechtsreformen ab 2004	106
II. Die Vereinsrechtsreform vom 13.03.2017.....	108
III. Stellungnahme und Ergebnis	114
D. Die Kita-Rechtsprechung des BGH	116
I. Die Sachverhalte	117
II. Die Beschlussbegründung.....	118
1. Verfassungsrechtliche Begründung	119
2. Teleologische Begründung	119
3. Historische Begründung.....	121
III. Reaktionen der Literatur auf die Kita-Rechtsprechung	122
IV. Theoretische Einordnung der Kita-Rechtsprechung in die bis dahin bestehenden Theorien zur Vereinsklassenabgrenzung.....	124
E. Das Nebenzweckprivileg.....	127
I. Herkunft des Nebenzweckprivilegs	129
1. Der Begriff des Nebenzweckprivilegs und des Nebentätigkeitsprivilegs.....	129
2. Herleitung des Nebenzweckprivilegs.....	131
a) Begründungsansätze in Rechtsprechung und Literatur	131
b) Stellungnahme	137
c) Die Zulässigkeit von Nebenzwecken bei zweckbeschränkten Rechtsformen als Ausdruck eines den Rechtsordnungen immanenten Grundsatzes	142
II. Reichweite des Nebenzweckprivilegs.....	146

1. Der Umfang des Nebenzweckprivilegs aus Sicht der objektiven Strömungen	147
a) Quantitative Unterordnung des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs	148
b) Das Nebenzweckprivileg als Umkehrung der Darlegungs- und Beweislast	151
c) Qualitative Unterordnung des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs	
152	
aa) Konkretisierung durch Fallgruppenbildung.....	153
bb) Keine funktionelle Beschränkung der Mittelbeschaffungstätigkeit.....	155
d) Stellungnahme	156
2. Der Umfang des Nebenzweckprivilegs aus Sicht der subjektiven Strömungen	161
a) Endzweckermittlung	163
b) „Modifizierte“ subjektive Theorie.....	168
aa) Mittelbeschaffungsbetriebe.....	172
bb) Zweckverwirklichungsbetriebe	173
cc) Selbstzweckbetriebe.....	174
dd) Die geringe Überzeugungskraft des Erst-recht-Schlusses...	174
c) Stellungnahme	176
F. Ergebnis.....	177
3. Kapitel – Die wirtschaftliche Betätigung von Idealvereinen unter besonderer Berücksichtigung des Gemeinnützigkeitsrechts	181

A. Grundlagen des Gemeinnützigkeitsrechts	181
B. Prävalenz und Präzedenz des Zivilrechts	186
C. Dogmatische Begründung einer möglichen „Steuerrechtsakzessorität“ des Zivilrechts.....	191
I. Ziel der Gesetzesauslegung.....	192
II. Teleologische Auslegung.....	194
1. Teleologische Auslegung des Steuerrechts.....	200
a) Auslegungsfähigkeit des Steuerrechts	200
b) Der Zweck und die verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Steuerprivilegierung durch das Gemeinnützigkeitsrecht	203
aa) Der Substitutionsgedanke	204
bb) Grenzen des Substitutionsgedankens	209
cc) Förderung des Gemeinwohls	211
dd) Zwischenergebnis.....	212
c) Die Organisationsfunktion des Gemeinnützigkeitsrechts.....	212
d) Der Zweck der partiellen Steuerpflicht	216
aa) Leistungsfähigkeitsprinzip.....	218
bb) Wettbewerbsneutralität.....	219
cc) Allgemeininteressen.....	222
dd) Rechtsverkehrsschutz	224
e) Der Zweck des steuerbegünstigten Zweckbetriebs.....	225
2. Zwischenergebnis	228
3. Teleologische Auslegung der Vereinsklassenabgrenzung.....	228
a) Typenzwang in Richtung der Handelsvereine.....	229
aa) Gläubiger- und Rechtsverkehrsschutz	230

(1) Kapitalaufbringung und -erhaltung.....	233
(2) Ausschüttungsbeschränkungen und Ausschüttungsverbote	
239	
(a) Die Gläubigerschutzwirkung von Ausschüttungssperren bei	
nichtwirtschaftlicher Zwecksetzung	241
(b) Senkung des Risikos von opportunistischem Verhalten..	246
(c) Erhöhung der Eigenkapitalquote durch das	
Ausschüttungsverbot.....	249
(d) Zwischenergebnis	250
(3) Vertretungsmacht.....	251
(4) Mitgliederhaftung.....	255
(5) Organhaftung	269
(6) Rechnungslegung und Publizität.....	278
bb) Zwischenergebnis	282
cc) Mitgliederschutz	284
(1) Der gesetzliche Vereinsmitgliederschutz im Vergleich....	286
(2) Mitgliederhaftung.....	296
(3) Schutz des mitgliedschaftlichen Werterechts	297
(4) Schutz des Interesses an einer Austauschbeziehung.....	299
(5) Schutz von Vermögensinteressen	300
(6) Schutz von nichtmateriellen Interessen.....	303
(7) Zwischenergebnis.....	304
(8) Konsequenzen für die Vereinsklassenabgrenzung.....	304
dd) Zwischenergebnis	308
ee) Wettbewerbsschutz	308
ff) Arbeitnehmerschutz.....	309
b) Gemeinwohlförderung.....	311

c) Zwischenergebnis	313
III. Systematische Auslegung	314
1. Einheit der Rechtsordnung.....	315
a) Methodische Grundlagen der Einheit der Rechtsordnung.....	319
b) Vorliegen eines systemwidrigen Widerspruchs	321
2. Zwischenergebnis	324
IV. Historische Auslegung	325
1. Methodische Grundlagen der historischen Auslegung	327
2. Historische Auslegung des § 21 BGB	329
a) Wortlaut	329
b) Historischer Regelungszweck	331
3. Zwischenergebnis	333
V. Verfassungskonforme Auslegung	334
1. Methodische Grundlagen der verfassungskonformen Auslegung	
336	
2. Reichweite der Vereinigungsfreiheit gemäß Art. 9 Abs. 1 GG	338
3. Zumutbarkeit alternativer Rechtsformen	342
a) GmbH	348
b) Genossenschaft.....	350
4. Zwischenergebnis	354
D. Die empirische Begründung der Indizwirkung des Status der Gemeinnützigkeit.....	356
E. Ergebnis.....	361

4. Kapitel – Die Rechtfertigung der Eintragungsfähigkeit des ausschließlich mittels wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs tätigen Idealvereins	363
A. Die Notwendigkeit alternativer Begründungsansätze	363
I. Historische Begründung.....	364
II. Herleitung einer den Rechtsordnungen immanenten zulässigen wirtschaftlichen Betätigung innerhalb des Zweckbetriebs.....	364
III. Ergebnis	367
B. Rechtsfolgen der Bestimmung der zulässigen wirtschaftlichen Betätigung anhand der „modifizierten“ subjektiven Theorie.....	368
I. Bestimmung angemessener Schwellenwerte	372
II. Maßnahmen zur Stärkung des Mitglieder- und Gläubigerschutzes 375	
1. Rechnungslegung und Publizität.....	375
a) Kleine Vereine	375
b) Mittelgroße Vereine.....	377
c) Große Vereine.....	380
2. Verbot von (verdeckten) Gewinnausschüttungen	381
3. Schaffung eines obligatorischen Aufsichtsrats	382
4. Steigerung der Organverantwortung.....	388
a) Darlegungs- und Beweislastverteilung	388
b) Strafbarkeit wegen Insolvenzverschleppung	389
c) Haftung des Vorstands für masseschmälernde Zahlungen.....	392

XVI	Inhaltsverzeichnis
d) Einschränkung der Satzungsautonomie.....	394
e) Aufhebung der Möglichkeit der Vertretungsbeschränkung	396
5. Einberufungsrecht der Mitgliederversammlung	397
C. Ergebnis.....	400
5. Kapitel – Zusammenfassung in Thesen	402